



liberal international
li-KURIER

AUSGABE 01|2019
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



TERMINE:

22. JUNI 2019, LEIPZIG:

XIV. LIBERAL INTERNATIONAL DAY: ZUR ZUKUNFT EUROPAS
UNTER DEM VERANSTALTUNGSMOTTO „IT'S EUROPE, STUPID!“

29. JUNI 2019, ZÜRICH:

3. LIBERALES SYMPOSIUM DER FDP-SCHWEIZ UND DER NEUEN
ZÜRCHER ZEITUNG, ZÜRICH, DEM DORT AM 28. JUNI 2019 DER
ALDE-PARTEIRAT VORAUSGEHT

7.-12. OKTOBER 2019, ARMENIEN:

16. DGLI-SEMINARREISE NACH ARMENIEN

24.-26. OKTOBER 2019, ATHEN:

ALDE-PARTEIKONGRESS IN ATHEN, VORAUSSICHTLICH MIT
„EINGEBETTETEM“ 203. LI-EXEKUTIVKOMITEE



Jürgen Martens

Liebe Freundinnen und Freunde!

Dieses Jahr ist mit seinen Jubiläen besonders reich mit Gedenkveranstaltungen gesegnet, vom 100. Geburtstag der Weimarer Republik über die 70. Geburtstage des Grundgesetzes und der Gründung der NATO, zu dem 50. Geburtstag der sozialliberalen Koalition und dem 30. Jahrestag des Mauerfalls. Liberale

haben bei allen wichtigen Ereignissen ihre Spuren hinterlassen und dabei oft Weichenstellungen bewirkt, die bis heute erhebliche Auswirkungen haben. Dies gilt insbesondere für die Erfolge eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, seine Einbindung in das westliche Bündnis und die Entspannungspolitik der 70er Jahre bis hin zum Mauerfall, der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Einigung als einem großen europäischen Friedenswerk. Wir könnten dabei eigentlich stolz auf das auch von Liberalen Erreichte blicken.

Leider stellen wir fest, dass alle diese Errungenschaften weder selbstverständlich noch ungefährdet sind. Wir sehen uns vielmehr, kurz vor der Wahl zum Europäischen Parlament, sogar einer geschlossen auftretenden Front erklärter Antiliberaler, europafeindlicher und offen autoritär, ja teilweise antidemokratisch gesinnter Populisten aus etlichen Mitgliedstaaten der EU gegenüber. Sie diskriminieren Andere, sie setzen auf die Einschränkung von Grundrechten insbesondere von Minderheiten, sie etablieren autoritäre illiberale Demokratien unter Hinweis auf angeblich demokratische Mehrheiten, die sie oft mit zweifelhaften Mitteln erlangt haben, und verfolgen einen aggressiven nationalen Isolationismus. Dass sich diese Kräfte nun europaweit vernetzen und zusammenschließen, ist dabei von besonderer Ironie.

Daneben geht das Drama der Brexit genannten europapolitischen Selbstverstümmelung des Vereinigten Königreichs weiter. Man kann mit Fug und Recht daran zweifeln, ob es überhaupt eine parlamentarische Mehrheit für irgendein Austrittsabkommen geben kann – selbst wenn es eine Verlängerung des Austrittsdatums über den 31.10. hinaus geben sollte.

Die Vorstellung, der Sitz der Liberal International in London liege nun außerhalb der Europäischen Union, ist für uns deutsche Liberale einigermassen verstörend. Ich könnte dies wohl nie als normal empfinden.

Dennoch gibt es auch Ereignisse, die Hoffnung wecken, wie die Wahl von Suzana Caputova zur slowakischen Präsidentin oder das Abschneiden der Reform Partei in Estland. Auch ist Großbritannien noch nicht endgültig aus der EU ausgetreten. Es gibt die Chance auf ein zweites Referendum über die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs und die wahrscheinliche Teilnahme Großbritanniens an den Europawahlen, auch wenn die Vorbereitungszeit für die Parteien, insbesondere für einen Wahlkampf, dann extrem kurz ausfällt. Nur eine einzige kleine Partei in Großbritannien, die stets gegen den Brexit eingetreten ist, hat sich konsequent seit dem vergangenen Jahr auf die Wahlen zum Europäischen Parlament vorbereitet: die britischen Liberaldemokraten.

Es bleibt uns nur das Abwarten am Spielfeldrand des Brexit und das Dauermendrücken für die Liberalen. Ob dann der 23. Mai 2019 ein Datum wird, dessen Wiederkehr Liberale gedenken werden, müssen wir abwarten.

Das Ergebnis diskutieren wir dann auf dem LI-Day am 22. Juni in Leipzig. Ich hoffe, Sie dort zu treffen.

Herzlichst

Ihr
Dr. Jürgen Martens MdB

Präsident der DGLI

WACHSTUM, WOHLSTAND, KLIMASCHUTZ DURCH MARKTWIRTSCHAFT UND TECHNOLOGISCHEN FORTSCHRITT

Klimaschutz wird in Deutschland allzu oft mit Verzicht und Askese assoziiert. Aber wir wissen: Nur wenn wir ambitionierte Klimaziele mit Wohlstand und Wachstum verbinden, können wir einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unser Handeln entscheidet über die Chancen nachfolgender Generationen. Schwierige Aufgaben erfordern Mut, Optimismus und eine umsichtige Lenkung. Panikmache dagegen verführt eher zu blindem Aktionismus und wirkungsloser Symbolpolitik. Probleme lassen sich damit nicht lösen. Klimaschutz durch De-Industrialisierung führt in eine Sackgasse. Wenn wir in Schwellen- und Entwicklungsländern den Eindruck erwecken, der Preis für Klimaschutz sei Wohlstandsverzicht, wird uns niemand folgen. Wenn wir lediglich in Deutschland unsere CO₂-Emissionen ohne Rücksicht auf Verluste radikal reduzieren, werden wir für den globalen Klimaschutz keinen nennenswerten Beitrag leisten. Der deutsche Anteil an den globalen Emissionen von Treibhausgas beträgt nicht mehr als zwei Prozent. Das entbindet uns als große Industrienation nicht unserer Verantwortung. Im Gegenteil: Wir müssen über unseren Tellerrand hinausschauen, um mehr zu erreichen, als in Deutschland alleine überhaupt möglich wäre. Ziel muss sein, durch Entwicklung und Export neuer Technologien zur weltweiten Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom CO₂-Ausstoß beizutragen.

Emissionshandel statt ineffizientes Säulendenken

Um wirksamen Klimaschutz ökonomisch effizient zu erreichen, ist die Überwindung des Säulendenkens erforderlich. Feste CO₂-Einsparziele für jeden Wirtschaftsbe-

reich sind hochgradig ineffizient, da die Vermeidungskosten in den Sektoren unterschiedlich hoch sind. Deshalb schlagen wir Freie Demokraten vor, den Verkehrs- und Gebäudesektor schnellstmöglich, perspektivisch auch die Landwirtschaft, in den EU-Emissionshandel (EU-ETS) zu integrieren. Im EU-ETS ist die maximale Menge an Emissionen durch die jährlich sinkende Zahl an Emissionsberechtigungen, die in Form von Zertifikaten ausgegeben werden, vorgegeben. Das führt zur sicheren Erreichung der Klimaziele. Und der freie Handel mit Zertifikaten garantiert die CO₂-Einsparung dort, wo es zu den niedrigsten Kosten möglich ist.

CO₂-Steuer müsste Autofahren unbezahlbar machen

Damit nicht plötzlich jede/r Autofahrer/in Zertifikate handeln muss, setzen wir bei den Produzenten der Kraft- und Heizstoffe an. Geben diese ihre Kosten weiter, steigen die Spritpreise um einige Cent. Das hätte zunächst geringe Auswirkungen auf das Fahrverhalten und damit auf den CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors. CO₂ wird stattdessen an anderer Stelle eingespart und die Berechtigung für die eingesparte Menge an den Kraftstoffproduzenten verkauft. So wird Klimaschutz garantiert. Wählt man hingegen für eine CO₂-Bepreisung die oft geforderte CO₂-Steuer, müssen Benzin und Diesel so teuer werden, dass Autofahren für Teile der Gesellschaft unbezahlbar wird. Die CO₂-Steuer muss direkt über den Preis zu Verhaltensänderungen führen oder bleibt vollkommen wirkungslos. Um Proteste wie in Frankreich zu vermeiden, ist die Ausweitung des EU-ETS sinnvoller.

In einem ersten Schritt könnten wir nach EU-Recht den deutschen Verkehrs- und Wärmesektor integrieren. Mittel- bis langfristige streben wir die Ausweitung in der ge-

samten EU sowie die weltweite Verknüpfung von Emissionshandelssystemen an. Ein globaler Emissionshandel wäre die effizienteste Möglichkeit, Klimaschutz zu betreiben. Für das Klima ist es egal, wo auf der Welt CO₂ ausgestoßen wird. Die Kosten für die Vermeidung sind jedoch in vielen Teilen der Welt deutlich niedriger als in Deutschland und Europa. Da die sinkende Gesamtmenge im EU-ETS nach und nach zu steigenden Zertifikatspreisen führt, werden Investitionen in klimafreundliche Technologien zunehmend attraktiver. Auch hier muss ein Umdenken stattfinden: Klimafreundlich ist nicht nur die direkte CO₂-Vermeidung, auch wenn diese immer die erste Wahl sein sollte. Realistisch wird sie aber nicht in allen Industrieprozessen möglich sein.

Klimafreundlicher Verbrennungsmotor durch E-Fuels

Eine Möglichkeit, um CO₂-Emissionen zu vermeiden, ist die Abscheidung und Nutzung (sog. CCU: Carbon Capture and Usage). CO₂ kann, wenn es aus Abgasen abgeschieden wird, als Rohstoff zum Beispiel in der chemischen Industrie genutzt werden. Für einen klimafreundlichen Verkehr kann CCU eine entscheidende Rolle spielen – etwa wenn aus CO₂ und erneuerbarem Strom grüner Wasserstoff oder E-Fuels hergestellt werden. E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, die Benzin und Diesel aus fossilem Erdöl 1:1 ersetzen können. Leider hat die Bundesregierung auf EU-Ebene verhindert, dass diese als gleichwertige Alternative zur Elektromobilität anerkannt werden. Dabei können mit E-Fuels klassische Verbrennungsmotoren und die gesamte Tankinfrastruktur klimafreundlich weitergenutzt werden. Im Schwerlast- sowie Flugverkehr wird es kaum Alternativen geben.



Dr. Lukas Köhler (32), Mitglied des deutschen Bundestages, Master of Arts, Studium der Philosophie in München, Manila (Philippinen) und der University of London.

Klimapolitischer Sprecher im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Vertreter der FDP im neugegründeten Climate Justice Committee der Liberal International, Mitglied des Landesvorstands der FDP Bayern

Klimaziele ohne CO₂-Speicherung nicht erreichbar

Für Industrieprozesse, deren CO₂ weder vermieden noch genutzt werden kann, bleibt die Möglichkeit der Abscheidung und Speicherung (sog. CCS: Carbon Capture and Storage). Leider hat Deutschland seine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet längst aufgegeben, indem erfolgreiche Pilotprojekte nicht weiter verfolgt, sondern die weitere Erprobung von unterirdischer CO₂-Speicherung de facto verboten wurde. Wer es ernst meint mit Klimaschutz, darf sich nicht von erratischen Ängsten leiten lassen. Da CCS bei günstigen geologischen Voraussetzungen nahezu risikolos ist, wäre es fahrlässig, darauf zu verzichten. Auch der Weltklimarat IPCC hat festgestellt, dass das 1,5

Grad-Ziel des Pariser Abkommens ohne CCS nicht erreichbar ist. Wir in Deutschland müssen uns nun entscheiden, ob wir selbst die Technologien weiterentwickeln oder ob wir CCS anderen überlassen. Viele klimafreundliche Techno-

logien stecken noch in den Kinderschuhen. Deshalb wäre es sinnvoll, Forschung und Entwicklung bis zur Marktreife durch die Einnahmen aus dem Verkauf von Zertifikaten finanziell zu unterstützen. Das Geld, das für den Klimaschutz ausgegeben würde,

käme somit tatsächlich dem Klimaschutz zugute, statt wie bisher zum Teil in nutzlose Subventionen zu fließen. Welche Technologien sich am Ende durchsetzen, entscheidet sich am Markt. Liberale Klimapolitik gibt das Ziel vor. Den Weg dorthin werden Ingenieure,

Unternehmer und Verbraucher immer besser finden als Politiker und Bürokraten.

Dr. Lukas Köhler, MdB

REISEBERICHTE

„GESUCHT UND BESUCHT“: SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN

Zum mittlerweile achten Mal haben Mitglieder und Freunde der DGLI in Form eines speziellen „Reise-Formats“ ausgewählte Kommunen, Unternehmen und Institutionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen besucht. Und zwar solche, die regional verwurzelt und zugleich innovativ und international ausgerichtet sind.

So z.B. die Universitätsstadt Jena: Mit ihren naturwissenschaftlich-technischen Forschungseinrichtungen und zahlreichen mittleren wie größeren Unternehmen zählt sie bundesweit zu den Top 3 der Städte mit der höchsten Akademikerdichte. Mit dem Freidemokraten Dr. Thomas Nietzsche hat sie einen Oberbürgermeister, der in der Stadt, ihrer renommierten Friedrich-Schiller-Universität und den vielen innovativen Unternehmen großes Zukunftspotenzial sieht. Nietzsche will den internationalen Kurs bei Neuansiedlungen, der Gewinnung von Forschungspersonal mitsamt Familien sowie die inhaltliche Verbreiterung von Städtepartner-

schaften konsequent fortsetzen. Ein – national wie international – klangvoller Markenbegriff auf touristischem Gebiet ist die Stadt Stolberg im Harz, schon aufgrund der Verbindungen des Hauses Stolberg mit dem niederländischen Königshaus. „Dies führt verstärkt auch Besucher aus den Niederlanden in unsere wunderbare Kulturlandschaft“, stellt hierzu der ehemalige Bürgermeister Stolbergs, Ulrich Franke, fest. Von dieser Entwicklung, aber auch der Innovationskraft seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, profitiert auch das traditionsreiche und überregional bekannte Unternehmen FriWi. Als Frisch- und Dauerbackwarenhersteller produziert und vertreibt es, neben saisonalen Produktspezialitäten, auch mit dem jeweiligen Firmenlogo versehene „Business-Kekse“ – übrigens in einem immer weiterreichenden Radius – über Fabrikverkauf, Handel und Webshop. Einen der spektakulärsten Standorte der Bundeswehr stellt das Versorgungs- und Instandset-



Foto: Christoph Wiedewitz

Vor einem der größten Medizindepots der Welt: Die Bundeswehr nutzt einen ehemaligen Atombunker in Blankenburg im Harz als militärische Lagerstätte für Arznei- und Medizinprodukte.

zungszentrum für Sanitätsmaterial in der unterirdischen Tunnel-Lagerstätte in Blankenburg im Harz dar. Dem Standort sind außerdem eine Bundeswehr-Zentralapotheke sowie Werkstätten, unter anderem für optische Geräte und Brillen, angeschlossen. Der Versorgungsauftrag dieser Einheit umfasst alle Auslandseinsätze der Bundeswehr und verlangt daher zahlreiche internationale Entsendungen der Blankenburger Soldaten.

Bei dem Besuch eines weiteren Bundeswehrstandortes, dem Versorgungsbataillon 131 im thüringischen Bad Frankenhausen, standen im Mittelpunkt der Gespräche die Auslandseinsätze von Soldaten, Ausrüstungsthemen sowie die Frage nach der Attraktivität als Arbeitgeber angesichts des immer schärferen Wettbewerbs um Fachkräfte.

Mit regionaler Küche und Anpassungsfähigkeit an geänderte Verbrauchergewohnheiten ist die Firma Keunecke Feinkost gut im

Markt aufgestellt. Firmenchef Ekehard Heilemann richtet seinen Blick in besonders hart umkämpften Lebensmittelmarkt auf eine qualitativ hochwertige Ausweitung des Sortiments mit regionalen Herkunfts- und Lieferbeziehungen.

Die nächste Bereisung, ebenfalls mit einer Mischung sogenannter „Hidden Champions“ und international tätiger Organisationen ist übrigens für Juni 2019 in den vor Parlamentswahlen stehenden Bundesländern Sachsen und Thüringen geplant. Nähere Informationen hierzu gerne von Carsten Klein.

Dr. Carsten Klein, Vizepräsident der DGLI



Foto: Christoph Wiedewitz

Delegationsbild, 1. Reihe, Bildmitte: OB Dr. Thomas Nietzsche, daneben Gerald Ullrich MdB (l.) und Dr. Carsten Klein (r.)

BELARUS: WENIG DEMOKRATISCH – GEOPOLITISCH SCHWIERIG – ABER INDIVIDUELL JEDE BEGEGNUNG WERT



Der Oktoberplatz in Minsk: Neubauten neben dem Palast der Kultur der Gewerkschaft von Weißrussland

Foto: Dr. Carsten Klein

Kein Zweifel: Eine lupenreine Demokratie ist Weißrussland ganz bestimmt nicht! Autokratisch geführt, ohne nennenswerte Opposition und funktionierende Gewaltenteilung, die Staatsquote überbordend, die Staatsquote hoch, stark eingeschränkte Betätigungsmöglichkeiten von Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sowie eine teils gegängelte Justiz. Dazu kommen eine wenig ausgeprägte eigenstaatliche oder kulturelle Identität sowie eine schwierige geographische und geopolitische Lage zwischen der Europäischen Union und Russland. Damit wirken

sich Spannungen im Verhältnis zwischen Europa und Russland unmittelbar und zumeist negativ auch auf Belarus aus. Wichtigster weißrussischer Handelspartner – noch vor der Ukraine, China und Deutschland – ist Russland. Bis zur Auflösung der ehemaligen UdSSR Ende 1991 war Weißrussland, genauso wie sein großer Nachbar im Osten, integraler Bestandteil des sowjetischen Staates. Aus dieser Zeit resultiert die bis heute anhaltende Abhängigkeit von Russland – insbesondere auf dem politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Sektor. Dies trifft vor allem auf den Energiesektor zu.

Dennoch bemerkt man – wenn man sich auf den Straßen von Minsk oder anderen Städten des Landes bewegt – eine Aufbruchsstimmung. Diese betrifft insbesondere die jüngere Generation. Ausgestattet mit viel Energie, einer zumeist soliden akademischen oder beruflichen Ausbildung, mit einem großen Interesse an fremden, vornehmlich westlichen Sprachen sowie dem Drang nach individueller Verwirklichung nehmen junge Weißrussen sämtliche Informationen, die sie über Westeuropa und die USA erhalten, mit Wohlwollen und Neugier auf. Nahezu überall wird man auch nach Joboptionen im Westen gefragt – bei einem schwierigen Arbeitsmarkt für jüngere Akademiker und einem Durchschnittslohn von rund 400 € im Monat kein Wunder. Allerdings sind Beschäftigungsmöglichkeiten aufgrund der Visa-Einschränkungen nur sehr schwer realisierbar. Dennoch lohnt sich eine intensivere Beschäftigung mit dem Land. Es bietet eine

abwechslungsreiche Kulturlandschaft, eine an vielen Stellen noch völlig unberührte Natur und Menschen mit einer großen Offenheit – gerade auch gegenüber Europäern und uns Deutschen. Dies ist ob der schweren historischen Last, die wir Deutsche gegenüber dem weißrussischen Volk tragen, beileibe nicht selbstverständlich. Nimmt man also das sozialistisch-autokratische Gepräge des Systems in Kauf, so lohnt sich die Begegnung mit diesem häufig vergessenen Land auf dem europäischen Kontinent. Die Offenheit, die Gastfreundschaft und die sympathische Neugierde der weißrussischen Bürgerinnen und Bürger und auch einiger belorussischer Verantwortungsträger erwarten von mehr bi- oder multilateralen Regierungskonsultationen mit den Staaten des Westens konkrete positive Impulse für die Entwicklung ihrer Gesellschaft und des Regierungssystems.

Dr. Carsten Klein

BRASILIENS NEUER PRÄSIDENT BEENDET MIT EINEM FEDERSTRICH SCHUTZRECHTE ETHNISCHER MINDERHEITEN

Für die indigenen Völker in Brasilien hat die Präsidentschaft von Jair Messias Bolsonaro, dem neuen rechtsradikalen Präsidenten, auf die denkbar schlechteste Weise begonnen. Per Dekret entzog der Präsident bereits am ersten Tag seiner Amtszeit die Verantwortung für Identifizierung und Ausweisung von Indianerreservaten der bisher zuständigen staatlichen Indianerschutzbehörde (FUNAI) und übertrug sie dem Landwirtschaftsministerium. Die neue Landwirtschaftsministerin, eine einflussreiche Agrarlobbyistin, hat sich schon als Abgeordnete gegen die Rechte der indigenen Völker positioniert und sich für die Ausweitung der kommerziellen Landwirtschaft in indigene Territorien eingesetzt. Durch das Dekret vom 2. Januar 2019 hat der Präsident die 1967

gegründete Indianerschutzbehörde (FUNAI), deren Hauptaufgabe in der Erfassung und Eingrenzung von Indianerschutzgebieten bestand, praktisch entmachtet. In Zukunft untersteht die FUNAI auch nicht mehr dem Justizministerium, sondern wurde in das Ministerium für Familie, Frauen und Menschenrechte eingegliedert. An der Spitze dieses Ministeriums steht eine Pastorin, die der evangelikalen Kirche angehört. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass Agrar- und Bergbauindustrie sowie die evangelikale Kirche Bolsonaros Wahlkampf nach Kräften unterstützt haben. Bolsonaro selbst hat sich 2016 von einem evangelikalen Pastor im Jordan taufen lassen. Er ist der erste Präsident Brasiliens, der nicht mehr der katholischen, sondern einer evangelikalen Kirche angehört.

Bereits im Wahlkampf hatte Bolsonaro angekündigt, den indianischen Ureinwohnern keinen Zentimeter brasilianischen Bodens überlassen zu wollen und darüber hinaus die von der Vorgängerregierung bereits ausgewiesenen Indianerreservate kritisch überprüfen zu lassen. Die indigene Bevölkerung in Brasilien besteht aus etwa 800.000 Personen, das entspricht 0,4 % der Gesamtbevölkerung. Die Hälfte lebt auf traditionellen, also auf angestammten indigenen Territorien, davon etwa 98 % im Amazonas. Gemäß der Verfassung von 1988 hätten bereits Ende 1993 alle Indianerschutzgebiete demarkiert sein müssen. Bisher sind nur etwa 52 % der Territorien als Schutzzone ausgewiesen. Die schleppende Vorgehensweise auch der Vorgängerregierungen wurde immer

mit angeblich fehlenden Haushaltsmitteln entschuldigt. Die indigenen Völker erlangen jedoch kein Eigentum über das ausgewiesene Territorium, sondern nur ein „permanentes, unveräußerliches Besitzrecht“ an den Gebieten, in denen ihre Vorfahren begraben und die für sie heilige Stätten sind. Ihnen steht das Recht zu, die natürlichen Ressourcen des Bodens und der Flüsse zu nutzen. Jedoch ist Eigentümer aller von Indigenen besetzten Gebiete die brasilianische Union (Art. 20 XI der Verfassung von 1988). Brasilianische Juristen, u.a. der stellvertretende Generalstaatsanwalt, sehen in dem Dekret des Präsidenten einen klaren Verstoß gegen die Artikel 231 und 232 der Verfassung von 1988, die die Rechte der brasilianischen Ureinwohner schützen.

Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich dem Schutz der indigenen Völker verschrieben haben, prangern das Dekret als Frontalangriff auf die verfassungsmäßigen Landrechte der indigenen Völker an. Von der Kritik und den Vorwürfen aus den Reihen der NGOs lässt sich der Präsident allerdings nicht beeindruckt, im Gegenteil. Die Regierung geht mit harten Bandagen auf Konfrontationskurs zu den NGOs. Bolsonaro beschuldigt sowohl in- als auch ausländische NGOs, die Indianerstämme im Amazonas zu erforschen, zu manipulieren und auszubeuten. Um dem einen Riegel vorzuschieben, hat die Regierung jetzt eine strikte Kontrolle der Aktivitäten der NGOs sowie von Art und Umfang ihrer Finanzierung angeordnet.

Das Dekret vom 2. Januar 2019 beinhaltet in der Tat nicht weniger als die Abschaffung der Schutzvorschriften zugunsten der indigenen Völker. Betroffen von diesem Dekret sind auch die Nachfahren geflohener afro-brasilianischer Sklaven, die in sog. „Quilombos“ (Siedlungen) zusammenleben. Ihnen garantiert die Verfassung von 1988 (Artikel 68) das Recht auf

Landtitel. Die zuständige Behörde (INCRA) wurde jedoch ebenfalls dem Landwirtschaftsministerium zugeschlagen mit der Folge, dass die nur zögerlich voran gekommene Agrarreform zugunsten der „Quilombos“ gänzlich zum Erliegen kommen wird.

Umweltschützer sind nicht nur wegen der Aversion des Präsidenten gegen den Klimaschutz alarmiert, sondern weisen zu Recht darauf hin, dass die Ureinwohner Brasiliens in den Indianerreservaten unentbehrlich sind für den wirksamen Schutz des Amazonaswaldes. Denn diese gelten als die besten Naturschützer und Hüter der Umwelt. Dagegen hält Bolsonaro Klimaschutz und Klimawandel für Hirngespinnste und erwägt wie sein Vorbild Trump, aus dem Klimaabkommen von Paris auszuweichen.

Mit dem gegen die indigenen Ureinwohner und die „Quilombos“ gerichteten Dekret macht der neue Präsident den Weg frei für eine offensive Industrialisierung des Amazonas durch Agrarindustrie und Bergbauunternehmen. Das heißt, die Abholzung des brasilianischen Regenwalds, der Bau neuer Staudämme und Wasser-



Neues aus Brasilien

kraftwerke sowie der Abbau von Bodenschätzen auf angestammten Indianergebieten werden ungezügelt vorangetrieben. Es ist abzusehen, dass mit der Verlagerung der Zuständigkeit auf das Landwirtschaftsministerium ab sofort keine Indianerreservate mehr ausgewiesen und sowohl bereits geprüfte Indianerschutzgebiete als auch die Übertragung von Landtitel auf die „Quilombos“ gestoppt werden.

Bolsonaro kehrt damit zurück zur Politik des Militärregimes von 1964 bis 1985, für das Sicherheit und Fortschritt alleinige Richtschnur war. Auch die Militärs sahen die indigenen Volksstämme und andere ethnische Minderheiten als Hindernisse für die Entwicklung Brasiliens. Zwar ist das Dekret als provisorische Maß-

nahme der Exekutive noch nicht Gesetz. Es erscheint jedoch angesichts des Mainstreams der brasilianischen Politik nahezu ausgeschlossen, dass der Kongress eine entsprechende Gesetzesvorlage nach der vorgesehenen Frist von 120 Tagen ablehnen wird.

Mit seiner Politik zerstört Bolsonaro nicht nur die Lebensgrundlagen der ethnischen Minderheiten Brasiliens, sondern auch den internationalen Klimaschutz, denn das Amazonasgebiet ist als „grüne Lunge“ und Speicher von Kohlendioxid von globaler Bedeutung für das Weltklima.

Lilli Löbsack, Präsidiumsmitglied der DGLI, Mitglied des Human Rights Committee der Liberal International, Strafverteidigerin in Berlin

VERANSTALTUNG

„IT'S EUROPE, STUPID!“ – LI DAY 2019 IN LEIPZIG:

Der XIV. Liberal International Day diskutiert am 22. Juni 2019 über die Zukunft Europas.

Unter dem Veranstaltungsmotto „It's Europe, stupid!“, einer leichten Abwandlung von Bill Clintons zündendem Wahlkampflogan aus dem Jahr 1992, wird sich die DGLI mit Zukunftsfragen der Europäischen Union und Europas insgesamt befassen. Der Termin, einen Monat nach der Richtungswahl zum Europäischen Parlament und wenige Tage vor dessen Konstituierung, fällt in eine Zeit, in der die Diskussion in Brüssel und den Hauptstädten der EU in vollem Gang ist darüber, wie es in den nächsten fünf Jahren (und darüber hinaus) mit der Europäischen Union weitergehen soll. Denn ei-

nes scheint jetzt schon sicher: Ein „Weiter so wie bisher“ wird nicht möglich sein. Trendwenden sind gefordert.

Im letzten Jahr beleuchteten wir auf dem LI Day in München unter dem Motto „I want my country back!“ das Spannungsfeld von Region, Nation und Union zu Globalisierung und Identitätssuche – u. a. mit dem freisinnigen ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten und langjährigen Bundesrat Kaspar Villiger als Impulsredner. Mit unserer diesjährigen „Leuchtturm“-Veranstaltung, die wieder in bewährter Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Gesellschaft für die Freiheit durchgeführt wird, wollen wir auf prägnante Weise herausstellen, dass es letztlich

die Vereinigung der vielen Nationen Europas in einem freiheitlichen, demokratischen, friedlichen, prosperierenden und auf fairem Ausgleich bedachten Umfeld ist, das den „Alten Kontinent“ als „Role Model“ wie auch Gestaltungsmacht im Spiel der Weltpolitik hält. Nicht als „Eliten-Projekt“, sondern als von den Bürgern getragenes Konzept ist die Europäische Union ein Machtfaktor, wohingegen es für einzelne Staaten umso schwerer ist, sich gegen die großen Player zu behaupten, in Sonderheit wenn diese eher illiberalen oder gar autoritären Herrschaftsformen anhängen.

Wir laden Sie herzlich ein, am Samstag, dem 22. Juni 2019, ab 10.00 Uhr zu uns nach Leipzig zu kommen. Wie in den Vorjahren



Eindruck vom LI Day 2018 in München

werden Sie Gelegenheit haben, mit vielen hochrangigen in- und ausländischen Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenzutreffen und zu diskutieren. Wir freuen uns auf Ihr Kommen! Und vielleicht wollen Sie im Anschluss daran auch an der Jahresmitgliederversammlung der DGLI als Gast teilnehmen.

Manfred R. Eisenbach, Generalsekretär der DGLI

PERSONALIA

Dr. Hakima El Haité (55),



Foto: liberal-international.org

frühere marokkanische Umweltministerin und Vorsitzende der COP22-Weltklimakonferenz, wurde auf dem 62. Kongress der Liberal International (LI) einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt. Sie ist Nachfolgerin des früheren andorranischen Außenministers und langjährigen Vertreters seines Landes bei den Vereinten Nationen, Professor Juli Minoves Triquell, der nach drei Amtszeiten

nicht wieder kandidieren konnte. Die Klima- und Umweltwissenschaftlerin sowie erfolgreiche Unternehmerin El Haité ist erst die zweite Frau auf dem Stuhl des LI President. Mit ihr übernimmt zum ersten Mal in der 72-jährigen Geschichte der liberalen Weltunion eine nichteuropäische Persönlichkeit diese Position. Die Wahl El Haités spiegelt auf eindrucksvolle Weise die über die Jahre

gestiegene Internationalität von Liberal International wieder, die auf die Zusammenarbeit mit fast 100 Mitgliedsorganisationen und liberalen Think-Tanks weltweit blickt. Hakima El Haité leitet ein Präsidium, für das Gender Balance und Diversität keine Fremdwörter sind: Sechs Frauen und acht Männer vertreten Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika im Führungsgremium der LI.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (62),



Foto: liberal-international.org

seit 2018 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, wurde auf Vorschlag der FDP ebenfalls auf dem 62. LI-Kongress in Dakar zum Deputy President der Liberal International bestimmt. Der renommierte, an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg lehrende Wirtschaftswissenschaftler und früh-

ere FDP-Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt ist nach den Usancen der LI damit als späterer Nachfolger der neuen Präsidentin „gesetzt“. Mit seiner einstimmigen Wahl dankten die Delegierten dem DGLI-Mitglied Paqué sicherlich auch für seine hervorragende Arbeit als Mitverfasser des neuen „Andorra Liberal Manifesto“, mit

dem die liberale Weltfamilie anlässlich ihres 70-jährigen Bestehens über eine Selbstvergewisserung und klare Positionierung hinaus eine kraftvolle und herausfordernde politische Agenda für das 21. Jahrhundert gesetzt hat.

Manfred R. Eisenbach (71),



Foto: wikipedia.org

langjähriger DGLI-Generalsekretär und Koordinator der FDP für die internationale Parteiarbeit, schied nach zwei Amtszeiten in Dakar als Schatzmeister aus dem Präsidium der Liberal International aus. Den von ihm eingeleiteten wichtigen Reformprozess innerhalb der LI für „Good Governance“ wird er als Sonderbeauftragter der LI-Prä-

sidentin Hakima El Haité weiter betreuen und vorantreiben, damit die für die Organisation dringlichen Strukturveränderungen auf dem 63. LI-Kongress im Frühjahr 2020 abgeschlossen werden können.

lich Reverenz. Schließlich war es Hans-Dietrich Genscher, der bereits 1969 als Bundesinnenminister dem Thema Umweltpolitik eine hohe Priorität gegeben hatte. Die von ihm damals neu geschaffene Abteilung „Umweltschutz“ war Vorläufer des späteren Umweltministeriums.

Dr. Lukas Köhler (32),



Foto: privat

seit Oktober 2017 Mitglied des deutschen Bundestags und klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, wurde vom LI-Kongress in Dakar in das neugeschaffene LI Climate Justice Committee gewählt. Köhler, von Hause aus Philosoph und Geschäftsführer des Münchener Zentrums für Umweltethik und Umweltbildung, soll mit 24 anderen Liberalen aus der ganzen Welt unter dem Vorsitz des finnischen Ministers für Umwelt, Energie und Wohnungswesen, Kimmo Tiilikai-

nen, freiheitliche Antworten und Lösungen für eine der Schicksalsfragen der Menschheit formulieren. Im Mittelpunkt steht dabei ausdrücklich die Verbindung von Umweltschutz aus der Perspektive der Menschenrechte mit dem Ziel weltweiter Klimagerechtigkeit. Mit der Berliner Erklärung zur Klimagerechtigkeit, die die LI auf ihrem 200. Exekutivkomitee im Juni 2018 im Hans-Dietrich-Genscher-Haus verabschiedet hatte, erwies sie dem Namenspatron des FDP-Sitzes in Berlin ausdrück-

Bundestagsfraktion, zur Zeit der einzige Deutsche unter den vierzehn LI Patrons. Vor ihm wurde aus Deutschland neben Barthold C. Witte diese Ehre nur Lord Ralf Dahrendorf und Walter Scheel zuteil.

Dr. Wolfgang Gerhardt (75),



Foto: liberale.de

bis zum Herbst 2018 zwölf Jahre Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und vormaliger Executive Vice-President der Liberal International LI, wurde auf Vorschlag von DGLI und FDP von der LI zum „Patron“ berufen. Mit dieser Auszeichnung ehrt die liberale Welt-

familie Persönlichkeiten, die mit Worten und Taten in herausragender Weise liberale Werte leben. Nach dem Tod von Dr. Barthold C. Witte im letzten November ist Wolfgang Gerhardt, ehemaliger hessischer Wissenschaftsminister und langjähriger Bundesvorsitzender der FDP sowie der FDP-

EUROPAWAHL AM 26. MAI 2019

Team Europe der ALDE-Partei mit FDP-Spitzenkandidatin Nicola Beer

Nicola Beer, FDP-Generalsekretärin, Mitglied der DGLI und Spitzenkandidatin für die kommende Wahl zum Europäischen Parlament, wurde mit sechs anderen eminenten Liberalen in der Sitzung des ALDE-Parteirats am 21. März in Brüssel per Akklamation in das „Team Europe“ der ALDE-Partei berufen. Mit der Vorstellung des europäischen Wahlkampfteams in Anwesenheit mehrerer Parteichefs und Premierminister startete die ALDE-Partei damit acht Wochen vor den Europawahlen ihre Kampagne. Neben Nicola Beer werden die „Grand Old Lady“ der italienischen Politik, Senatorin Emma Bonino, die

slowenische Verkehrskommissarin Violeta Bulc, die Spitzenkandidaten des ungarischen „Momentum“ und von Spaniens „Ciudadanos“, Katalin Cseh und Luis Garicano, der langjährige frühere belgische Ministerpräsident und jetzige ALDE-Fraktionschef im EP, Guy Verhofstadt, sowie Wettbewerbskommissarin, Margrethe Vestager, mit Leidenschaft für die Erneuerung unseres Kontinents und die Gestaltung der Zukunft Europas eintreten.

Die europäischen Werte waren noch nie so stark bedroht, und gegen diese schleichende Spaltung und zunehmende Polarisierung ist Einheit die bestmögliche Antwort. Aus diesem Grund hat die ALDE-Partei statt einer einzigen Person ein Team von sieben leidenschaftlichen Repräsentanten



Nicola Beer

Foto: Laurence Chaperon

der „liberalen Familie Europas“ zusammengestellt. Das Team ist so vielfältig wie Europa selbst und bereit, die notwendigen Reformen anzugehen. Es wird unsere liberale Vision für die Zukunft Europas mit Herzblut vertreten, Land für Land und in Hunderten von Gesprächen und Diskussionen mit den Wählerinnen und Wählern. Mit Nicola Beer, die seit vielen Jahren auch Mitglied der DGLI ist,

werden u.a. aus der Deutschen Gruppe mit Cécile Prinzbach, Manfred R. Eisenbach, Daniel Obst und Hellmut Meinhof vier Präsidiumsmitglieder sowie unter den ersten Fünfzehn der FDP-Kandidatenliste Michael Kauch und Carl Grouwet für das Europäische Parlament kandidieren. „Die Mitgliedschaft in diesem Wahlkampfteam ist für uns DGLI-Mitglieder eine einzigartige Gelegenheit, für unsere liberalen Werte einzustehen und mit einer starken, positiven und konstruktiven Botschaft zu reagieren, um den Bedrohungen entgegenzuwirken, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU auftreten“, unterstrich DGLI-Generalsekretär Manfred R. Eisenbach.

Manfred R. Eisenbach

ZU GUTER LETZT ...

FRIEDENSSYMBOLIK DER UNO

Deutschland ist für den Zeitraum 2019/2020 nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNO). Der Fokus der deutschen Mitgliedschaft liegt auf der Prävention und Bewältigung von Konflikten, was das Grundanliegen der UNO mit ihren heute 193 Mitgliedsländern ist. Die UNO stellt das wohl prominenteste Friedensprojekt dar, das als Konsequenz aus der Katastrophe der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts geschaffen wurde – nach dem Motto: „Die ganze Welt in Frieden vereint!“. Hier einige Beispiele für die Friedenssymbolik der UNO, in der dieses Motto seinen Niederschlag findet.

Die UN-Flagge zeigt auf einem himmelblauen Flaggentuch den Erdkreis umrahmt von zwei Olivenzweigen, die klassisch als Friedenszeichen gelten.

Weithin bekannt ist die Skulptur Non Violence, ein Revolver mit verknotetem Lauf. Der schwedische Bildhauer Carl Fredrik Reuterswärd wurde zu dieser Idee inspiriert durch den Tod seines Freundes John Lennon. Eine von mehreren Versionen der Bronze-Skulptur steht vor dem UNO-Hauptquartier in New York.



Foto: Hellmut Meinhof

Das Gebäude des UNO-Hauptquartiers - mit seiner markanten Form und recht solitären Lage am

East River in New York – hat 39 Stockwerke und erinnert damit an das Jahr 1939, dem Jahr des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges.



Foto: Hellmut Meinhof

Schließlich findet sich vor dem Palast der Nationen in Genf – ebenfalls UNO-Hauptquartier – der vom Bildhauer Daniel Berset geschaffene „Broken Chair“. Er steht auf nur drei Beinen, das vierte ist

in der Mitte abgebrochen. Damit erinnert der Broken Chair an die Opfer von Antipersonen-Minen und will die Nationen dieser Welt dazu bewegen, sich für ein Verbot von Streumunition einzusetzen.



Foto: Hellmut Meinhof

Hellmut Meinhof, Präsidiumsmitglied der DGLI



Foto: shutterstock.com

Bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post oder Email info@dgli.de an die DGLI senden!



An die
Deutsche Gruppe der Liberal International e.V.
Reinhardtstr. 16
10117 Berlin

MITGLIEDSANTRAG*

Hiermit beantrage ich,

Name, Vorname: Geburtsdatum:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Stadt:

Tel., Fax, E-Mail:

die **Mitgliedschaft** in der Deutschen Gruppe der Liberal International e.V. (DGLI).

Jahresbeitrag:

Der Jahresbeitrag beträgt 50,00 Euro für die **Einzelmitgliedschaft**, 80,00 Euro für **Ehepartner** (40,00 Euro je Partner) und 30,00 Euro für **Auszubildende, Schüler und Studenten** (auf **besonderen Antrag** nach Beschluss des Präsidiums).

Zur jeweiligen Fälligkeit erhält jedes Mitglied eine Rechnung in Höhe des fälligen Jahresbeitrages.

Datum: Unterschrift:

*Bitte deutlich, ggf. in Druckbuchstaben, schreiben!

Geschäftssitz Berlin – Amtsgericht Charlottenburg – 95 VR 13126 B
Bankverbindung: COMMERZBANK AG Berlin
IBAN DE18 1004 0000 0924 6000 00
BIC COBADEFFXXX



DGLI-SEKTIONEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Sektionsvorsitzender
Daniel Obst
E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Sektionsvorsitzende
Cécile Prinzbach
cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Sektionsvorsitzende
Saba Farzan
E-Mail: saba.farzan64@gmail.com

BRANDENBURG

Sektionsvorsitzender: Patrick Meinhardt
E-Mail: Patrick.Meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sektionsvorsitzende
Maria Luisa Warburg
E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

HESSEN

Sektionsvorsitzende
Katharina Schreiner
E-Mail: K.Schreiner@fdp-frankfurt.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Sektionsvorsitzender
Gino Leonhard
E-Mail: gino-leonhard@online.de

NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Sektionsvorsitzende
Claudia Bögel-Hoyer
E-Mail: claudia.boegel-hoyer@web.de

RHEINLAND-PFALZ

Sektionsvorsitzender
Johannes Knewitz
E-Mail: johannesknewitz@gmail.com

SAARLAND

E-Mail: info@dgli.de

SACHSEN

Sektionsvorsitzender
Frank Müller-Rosentritt MdB
E-Mail: frank.mueller-rosentritt@bundestag.de

SACHSEN-ANHALT

Sektionsvorsitzender
Kai Gleißner
E-Mail: mail@kaigleissner.de

THÜRINGEN

Sektionsvorsitzender
Dr. Wolfgang Weisskopf
w.weisskopf@weisskopf-law.com

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de

Deutsche Gruppe Liberal International e. V.,
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin